

Europawahlprogramm (vorläufig)

II. Umwelt schützen: Der GRÜNE Weg für ökologische Erneuerung und gesundes Leben

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind Umwelt- und Verbraucherschutz eine Querschnittsaufgabe. Wir verstehen darunter den Natur- und Artenschutz genau so wie die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Verkehr, Klimaschutz und Energie. Umwelt- und Verbraucherschutz müssen in alle Bereiche wirken. Produktion und Verbrauch müssen so gestaltet werden, dass sie nicht heute die Lebenschancen von morgen zerstören. Wir wollen auf europäischer Ebene vorausschauend handeln, denn wir wollen unseren Kindern eine lebenswerte Welt mit vielen Entfaltungschancen hinterlassen und auch übermorgen noch erfolgreich sein. Deshalb setzen wir auf eine Politik, die den Gedanken der Nachhaltigkeit ernst nimmt und kein bloßer Reparaturbetrieb ist.

Unsere Umwelt ist nicht nur vom Klimawandel bedroht: Rohstoffe werden oft ohne Rücksicht auf den Ressourcenschutz abgebaut, Flächen werden versiegelt und jeden Tag stirbt ein Stück Natur. Luft, Wasser und Boden sind in Europa nach wie vor durch die Art und Weise, wie wir produzieren und verbrauchen, Landwirtschaft betreiben und unsere Mobilität organisieren, belastet – oftmals befeuert durch eine falsche EU-Politik. dramatische aber und unbemerkte Verlust von Arten von Tieren, Pflanzen und anderen Organismen ist eine globale Katastrophe, die irreversible Schäden erzeugt. Denn ausgerottete Arten und Biotope kommen nicht wieder. Und die Auswirkungen dieser Verluste betreffen uns alle. Erst die Vielfalt der Natur macht unsere Erde zu diesem einzigartigen Lebensraum. Wir wollen diesen Negativ-Trend aufhalten und umkehren. Denn der Schutz der Natur und die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen leiten unser politisches Handeln.

Unsere Politik der Nachhaltigkeit stellt den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern ins Zentrum. Denn steigende Umweltbelastungen machen Menschen krank. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stehen für eine Politik, die die Gesundheit schützt und diese gegen jedwede Attacken von Lobbygruppen verteidigt. Die Nachfrage nach gesunden Lebensmitteln und ökologisch verträglichen Produkten gibt uns Recht: Die Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher will weder Gentechnik noch Chemie auf dem Teller. Dies ist nur eine der Herausforderungen, denen eine reformierte europäische Agrarpolitik Rechnung tragen muss. Der Klimawandel und die weltweite Verknappung der Rohstoffe, des fruchtbaren Ackerlandes und des Wassers verlangen eine umgehende und weitreichende Neuausrichtung. Trotz Reformen steht die EU-Agrarpolitik weiterhin für eine Industrialisierung der Landwirtschaft. Quälerische Massentierhaltung, Monokulturen und der Einsatz von Pestiziden sind dabei immer noch die Regel. Hinzu kommt eine gigantische Wasser- und Flächenverschwendung, die auch hervorgerufen wird durch den übermäßigen Fleischkonsum.

Vor allem Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern leiden unter den Folgen dieser

falschen Politik und die Zahl der Umweltflüchtlinge nimmt täglich zu. Gleichzeitig werden die Kosten für die Naturzerstörung in das Gesundheitswesen verlagert und belasten zukünftige Generationen. Unterstützt von der "großen Koalition" im Europäischen Parlament werden umweltschonende Wirtschaftsweisen wie der ökologischen Landbau und die artgerechte Tierhaltung in Nischen gedrängt.

Weil die EU inzwischen rund 80 Prozent aller umweltpolitischen Regelungen in Deutschland bestimmt, muss es weiterhin starke GRÜNE geben, die im Interessen von Umwelt, Verbraucherinnen und Verbrauchern Politik machen. Die EU hat sich in der Vergangenheit immer auch als Impulsgeber erwiesen und zum Teil Regelungen erlassen, die über Standards ihrer Mitgliedstaaten lagen. Immer wieder war es das Europäische Parlament, das – oft auf Initiative der GRÜNEN Fraktion – für die fortschrittlichen und weitergehenden Regelungen in der Umweltpolitik gegenüber Europäischem Rat und der Europäischen Kommission gekämpft hat. Ohne uns GRÜNE gäbe es beispielsweise kein Verbot von krebserregenden- oder erbgutschädigenden Pestiziden in der Landwirtschaft.

Der Schutz von Natur und menschlicher Gesundheit ist keine überflüssige Bürokratie, wie der europäische Bürokratieabbauexperte Edmund Stoiber weismachen will. Wir setzen Umwelt und Verbraucherschutz nicht gegen die Wirtschaft, sondern verankern beides als Querschnittsthema in den EU-Politiken:

Natur schützen, biologische Vielfalt erhalten

Wir wollen die Natur und die biologische Vielfalt schützen. In der öffentlichen Debatte spielt der Verlust der biologischen Vielfalt kaum eine Rolle, dabei geschieht er vor unseren Augen: In Europa sind bis zu 24 Prozent aller Schmetterlinge, Vögel und Säugetiere bereits ausgestorben, jeden Tag sterben weltweit 150 Arten aus. Entlang den Zielen der UN-Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) unterstützen wir GRÜNE aus vollen Kräften den Schutz der biologischen Vielfalt um ihrer selbst willen, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und ihrer Lebensgrundlagen sowie die gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung genetischer Ressourcen. Eine intakte Umwelt ist für uns Lebensgrundlage und hat einen nicht zu beziffernden Nutzen und Wert. Wir stehen für eine Politik und für eine gesellschaftliche Haltung, die Schutz und nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen vereint. Einseitige Maßnahmen, die sich nur auf den Schutz einer gesonderten Art beziehen, greifen zu kurz. Wir fordern deshalb die Integration des Biodiversitätsschutzes in alle Politikbereiche. Dazu ist ein systematischer Ansatz notwendig. Es gilt, Biodiversitätspolitik als Querschnittsaufgabe zu verstehen und konsequent umzusetzen.

Fast 20 Prozent der Gesamtfläche der Europäischen Union sind heute sogenannte Natura 2000-Gebiete. Das bedeutet, dass wir ein europäisches Schutzgebiet haben, das rund 900 000 km² groß ist – eine gute Voraussetzung, den Verlust von Biodiversität aufzuhalten, aber nur der Anfang einer europäischen Politik zum Schutz der Natur. Wir GRÜNE fordern eine Stärkung des Natura 2000-Netzes, insbesondere durch einen stärkeren Schutz, langfristige Finanzierungsmechanismen sowie umfassende Management- und Monitoringsysteme. Das Natura 2000-Netzwerk alleine kann den Rückgang der biologischen Vielfalt nicht aufhalten. Deshalb ist es essentiell wichtig, die einzelnen Natura 2000-Gebiete miteinander – z.B. durch ein Wildwegenetz – zu verbinden. Den Schutz biologischer Vielfalt als Querschnittsaufgabe begreifen, heißt auch, dass außerhalb der gekennzeichneten Schutzgebiete der Erhalt der biologischen Vielfalt hohe Priorität genießt. Dazu ist auch ein Paradigmenwechsel hin zu einer nachhaltigen Landnutzung nötig.

Umweltrecht umsetzen, Verbandsklagerecht einführen, Nachhaltigkeit stärken

Wir wollen, dass gemäß der Aarhus-Konvention durch eine entsprechende Richtlinie einen umfassenden Zugang für BürgerInnen zu Gerichten ermöglichen. Wir wollen ein Verbandsklagerecht in der EU, damit nicht mehr nur Einzelbürgerinnen und -bürger gegen Versäumnisse auf nationaler oder lokaler Ebene klagen können, wie es erfolgreich im Falle der Klage gegen die Feinstaubbelastung in München der Fall war. In den vergangenen Jahren haben auf europäischer Ebene zahlreiche Gesetzgebungsverfahren, gerade auf Druck der GRÜNEN, zu erheblichen Verbesserungen geführt. Auf nationaler Ebene fehlt jedoch bis heute in vielen Fällen die Umsetzung.

Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass der in Göteborg 2001 gestartete EU-Nachhaltigkeitsprozess konsequent und gleichberechtigt zur Lissabon-Strategie weiterentwickelt wird und seine Ziele stärker in den nationalen Politiken verwirklicht werden.

Landwirtschaft – klima-, umwelt- und sozial gerecht ausrichten

Wir wollen eine zukunftsfähige europäische Agrarpolitik, die auf einer nachhaltigen Wirtschafts- und Ernährungsweise basiert. Die derzeitige Agrarpolitik bevorteilt eine industrialisierte Landwirtschaft. Massentierhaltung lehnen die GRÜNEN aus ethischen und aus Klima- und Umweltschutzgründen ab. Wir wollen dagegen, dass EU-Mittel im Rahmen eines transparenten Verfahrens qualifiziert an nachhaltig wirtschaftende Betriebe vergeben werden. Ökologische Praxis, die Schaffung von Arbeitsplätzen und tiergerechte Haltung müssen gefördert werden. Gleichzeitig wollen wir mit einem Klimabonus besonders herausragende Leistungen bei klimaverträglicher Bewirtschaftung vergüten. Wir setzen uns auch dafür ein, dass weder bei uns noch in Entwicklungsländern bäuerliche Existenzen durch subventionierte Überproduktion oder Exporte zerstört werden. Nur eine nachhaltige europäische Landwirtschaft kann ihren Beitrag zur Sicherung der Welternährung leisten.

Radikaler Umbau des EU-Agrarhaushalts

Wir wollen mit europäischen Mitteln den ökologischen Landbau, eine nachhaltige ländliche Wirtschaft und den Einstieg in eine ausgewogene Ernährungspolitik fördern. Es kann nicht sein, dass Milliarden Euro an Konzerne wie RWE für die Renaturierung ihrer Abraumhalden oder an Nestlé für den Export von Milchpulver verschwendet werden. Für den Umbau brauchen wir vor allem mehr demokratische Mitbestimmung, weshalb wir europäische Bottom-Up-Fördermethoden wie LEADER und URBACT stärken wollen. Mit ihnen werden lokale Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung in ländlichen Regionen zwischen Gemeinden, mittelständischen Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen unterstützt.

Parlamentarische Kontrolle und Transparenz in der Agrarpolitik

Wir wollen mehr Mitentscheidungsmöglichkeiten und die damit verbundene Transparenz, um den notwendigen Umbau von einer agrarindustriellen zu einer nachhaltigen Ernährungswirtschaft und einen vernünftigen Agrarhaushalt Wirklichkeit werden zu lassen. Für mehr demokratische Rechte in der Agrarpolitik braucht es das Europäische Parlament und den Reformvertrag von Lissabon. Solange dieser nicht ratifiziert ist, gibt es keine parlamentarische Mitentscheidung und die nationalen Regierungen können weiter hinter verschlossenen Türen klüngeln.

Böden schützen, nicht belasten

Wir wollen eine europäische Richtlinie für Bodenschutz, die ihren Namen auch verdient. Es braucht eine europäische Antwort auf die zunehmende Verschlechterung der Bodenqualität, denn alle EU-Mitgliedstaaten haben die selben Probleme mit dem Verlust fruchtbarer Böden durch Versiegelung, Verschmutzung, Erosion, Humusverlust und Austrocknung. Gute Bodenqualität braucht einheitliche und hohe Standards in ganz Europa. In der zurückliegenden Wahlperiode ist die Verabschiedung europaweiter Schutzregelungen vor allem am massiven Widerstand aus Deutschland gescheitert. Die schwarz-rote Bundesregierung hat die Interessen von Bauernverbänden und Bodenspekulanten geschützt, aber nicht die Böden.

Die Versiegelung der Fläche ist weiterhin ein Problem von höchster Dringlichkeit. Fortschritte, dem Verlust wertvoller Flächen Einhalt zu gebieten, sind nicht zu erkennen. So hat alleine Deutschland einen Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsfläche von durchschnittlich 113 Hektar pro Tag. Dieses entspricht mehr als 150 Fußballfeldern. Im Kampf gegen den rasanten Flächenverbrauch kann die Prioritätensetzung nur lauten: Ernährungssicherung und Erhalt der biologischen Vielfalt vor gewerblicher Versiegelung um jeden Preis sowie intensives Flächenrecycling.

Besserer Schutz vor gefährlichen Stoffen

Die EU-Gesetze zum Schutz von Mensch und Umwelt vor toxischen Substanzen hinken den Gefahren hinterher. Wir lehnen die Verwendung von riskanten Stoffen in Lebensmitteln, Kosmetika, Kinderspielzeug und anderen Alltagsprodukten ab. Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung der EU-Chemikalienpolitik REACH und eine Verbesserung der Auskunftsrechte über gefährliche Produkte ein.

Starker Umweltschutz ist präventive Gesundheitspolitik. Der besondere Schutz sensibler Gruppen, wie Kinder, steht für uns an erste Stelle. Wir brauchen mehr Aufklärung über die gesundheitlichen Gefahren durch Chemiebelastung und mehr Mittel zu ihrer Erforschung. Und wir brauchen bessere Unterstützung für Betroffene.

Wir wollen erreichen, dass die Konzentrationen des gesundheitsschädlichen Feinstaubes in der Luft reduziert werden und dass auch für die besonders gefährlichen kleinen Feinstaubpartikel verbindliche Grenzwerte eingeführt werden.

Kampf gegen Pestizide

Wir wollen ein Konzept zur Festlegung von sicheren Obergrenzen für Pestizidrückstände in Nahrungsmitteln. Dabei muss die inzwischen übliche Mehrfachbelastung mit unterschiedlichen Pestizidrückständen endlich berücksichtigt werden. Kinder und sensible Personengruppen müssen zum Maßstab werden, wenn die EU Rückstandshöchstmengen von Pestiziden in Nahrungsmitteln festlegt. Wir wollen, dass die EU eine aktivere Rolle übernimmt, wenn es darum geht, die Menschen vor gefährlichen Pestiziden zu schützen: Gefährliche Pestizide müssen ganz klar verboten werden!

Von der Müll- zur Kreislaufwirtschaft

Wir wollen weg von der Müll- und hin zu einer Kreislaufwirtschaft. Für uns hat die Müllvermeidung oberste Priorität. Ressourcen müssen geschont und unnötige Emissionen vermieden werden. Wir wollen deshalb europaweit ambitionierte und verbindliche Zielvorgaben für die Müllvermeidung einführen und die Recyclingquoten weiter erhöhen. Die europäische Umdeklaration von Müllverbrennungsanlagen zu Verwertungsanlagen lehnen wir ab. Gegen den grenzüberschreitenden „Mülltourismus“ werden wir entschieden vorgehen. Mit der Einführung einer

Bedarfsprüfung bei der Genehmigung von Müllverbrennungsanlagen wollen wir außerdem den weiteren Ausbau von regionalen Überkapazitäten verhindern. Bestehende Müllverbrennungsanlagen müssen regelmäßig an den Stand der besten verfügbaren Technik angepasst werden.

Vielfalt auf dem Acker - freies Saatgut

Vielfalt ist unabdingbar, um die Ernährungssicherheit in einer sich wandelnden Umwelt gewährleisten zu können. Die EU-Programme zur Erhaltung der genetischen Ressourcen sind jedoch unzureichend und lassen kleinere Initiativen, die sich dem Erhalt der pflanzen- und tiergenetischen Vielfalt verschrieben haben, nicht zum Zuge kommen. Landwirte und Gärtner, die traditionelle Sorten anbauen und vermarkten wollen, dürfen nicht in die Illegalität gedrängt werden. Wir setzen uns ein für Gesetzesrahmen und Förderprogramme, die die genetische Vielfalt als Lebensgrundlage fördern.

Kein Patent auf Leben - Überarbeitung der Biopatentrichtlinie

Wir wollen der Patenterteilungspraxis des Europäischen Patentamtes endlich Grenzen setzen und fordern die Überarbeitung der umstrittenen und veralteten EU-Biopatent-Richtlinie, damit nicht weiter Patente auf Leben vergeben werden können. Denn auf dieser Grundlage erteilt das Europäische Patentamt seine Patente und nutzt dabei Schlupflöcher, wie für die Patenterteilung auf biologische Züchtungsverfahren. Diese Entwicklung sorgt langfristig für einen unzulässigen Monopolanspruch weniger Konzerne auf Pflanzen und Tiere, schränkt die Züchtung ein und entzieht der Landwirtschaft ihre Produktionsgrundlage.

Rechtsrahmen für Anwendung der Nanotechnologie schaffen

Schleichend und ohne öffentliche Debatte kommen Nanotechnologien zunehmend zum Einsatz. Diese Technologien bergen große Chancen aber auch große Risiken. Besonders in verbrauchernahen Bereichen wie Lebensmitteln, Kosmetika oder Textilien wollen wir möglichen Gefahren frühest möglich und entschieden begegnen, um eine Wiederholung des Asbest-Desasters zu wiederholen. Nanopartikel können besonders tief in die Haut eindringen, die Blut-Hirn-Schranke überwinden und noch nicht abschätzbare Reaktionen beim Menschen und anderen Organismen hervorrufen. Wir Grünen setzen uns ein für eine breite Debatte über alle Anwendungen der Nanotechnologie und die strikte Umsetzung des Vorsorgeprinzips. Es gilt einen nanospezifischen Rechtsrahmen zu schaffen und der unkontrollierten und ungeprüften Vermarktung von Nanoprodukten Einhalt zu gebieten. Nanoprodukte im verbrauchernahen Bereich dürfen solange nicht auf den Markt, bis geeignete Testmethoden zur Verfügung stehen und Risiken zweifelsfrei ausgeschlossen werden können. Außerdem fordern wir die eindeutige, erkennbare Kennzeichnung von Nanoprodukten, mehr EU-Finanzierung für Risikoforschung sowie klare Haftungsregeln und Sicherstellung der Rückholbarkeit. Wir lehnen die absichtliche Freisetzung von synthetischen Nanopartikeln in die Umwelt ebenso ab wie die militärische Nutzung von Nanotechnologien.

Energieverschwendung in der Ernährungswirtschaft stoppen

Wir wollen die ungeheure Verschwendung in der europäischen Ernährungswirtschaft von drei Seiten bekämpfen: Abbau der Abhängigkeit von Öl und Chemie durch Ausbau der Sonnen- und Bioenergien aus Reststoffen und Nebenproduktion vor Ort; kurze Wege für Lebensmittel und offensive Bildungs- und Forschungsarbeit für eine ausgewogene Ernährung. Die Energieverschwendung, die in der übermäßigen Fleischerzeugung steckt, wollen wir durch gezielte Anforderungen an Stallbau und Fütterung sowie Fördermaßnahmen für ein ausgewogenes Ver-

hältnis von Pflanzenerzeugung und Tierhaltung abbauen. Ein gesundes Verhältnis zur richtigen Ernährung, vor allem von Kindern, wollen wir durch verstärkte Bildungsarbeit an Kindergärten, Schulen und in den Medien fördern. Forschung für eine nachhaltige Ernährungssicherung soll sich statt auf Gentechnik und Chemie auf die Anpassung ökologischer Bewirtschaftung an die Herausforderungen des Klimawandels konzentrieren.

Eine ausgewogene Meerespolitik vorantreiben

Wir wollen eine integrierte, räumlich und politisch übergreifende Meerespolitik, um den nachhaltigen Schutz und die nachhaltige Nutzung dauerhaft sicherstellen zu können. Wir setzen uns daher für eine verstärkte Koordination zwischen EU, nationalen Regierungen, regionalen und lokalen Behörden ein. Unsere Meere sind durch die zunehmenden Belastungen – Überfischung, Verschmutzung, Arten- und Lebensraumverlust – gefährdet. Wir brauchen vernetzte Meeresschutzgebiete mit hohen Schutzstandards. Europa muss sich am weltweiten Schutzgebietsnetz großflächig beteiligen und durch die Ausweisung der Natura 2000 Gebiete eine Vorreiterrolle übernehmen. Die weiterhin zu hohen Schad- und Nährstoffeinträge vom Lande her müssen konsequent minimiert werden. Eine gesamteuropäische Strategie soll endlich das Problem der gefährlichen und giftigen Munitionsaltlasten insbesondere in Nord- und Ostsee lösen. Auch die Schifffahrt muss zur Meeressicherheit ihren Beitrag leisten. Im Rahmen einer ökologischen Hafenpolitik und höherer Standards für die Schifffahrt können wirtschaftliche und ökologische Interessen zu einer nachhaltigen Nutzung der Meere noch intelligenter verbunden werden. Solange die Unbedenklichkeit nicht nachgewiesen ist, sind wir entschieden gegen Ablagerung von CO₂ im Meer und im Meeresboden.

Fischereipolitik endlich reformieren

Wir wollen die für 2012 erwartete Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik nutzen, um die gesamte Fischereipolitik einer Neubewertung zu unterziehen. Um die Fischbestände innerhalb der EU-Gewässer zu sichern und eine nachhaltige Bewirtschaftung zu gewährleisten, fordern wir GRÜNE die schrittweise Umsetzung eines Rückwurfverbots für Beifänge. Dies würde einen ökonomischen Anreiz schaffen, Beifänge zu vermeiden. Außerdem wollen wir die Größe der Fangflotten den Fangmöglichkeiten anpassen. Die Festlegung der Fangobergrenzen muss allein auf Grundlage wissenschaftlich-ökologischer Kriterien erfolgen. Insgesamt müssen die meisten Fangquoten über längere Zeit deutlich gesenkt werden, um einen Kollaps der Meere zu verhindern. Parallel dazu wollen wir ein nachhaltiges Fischereimanagement aufbauen, in dem ein Teil der Fangrechte versteigert wird und die Fischerinnen und Fischer Eigenverantwortung für die nachhaltige Bewirtschaftung der Fischbestände übernehmen. Zerstörerische Fischereipraktiken, wie die Grundschieppnetzfisherei, sind zu unterbinden.

Wir wollen die Einbindung des Europäischen Parlaments sowohl bei der Festlegung der Gesamtfangmengen wie auch der Ausgestaltung der EU-Fischereifonds. Immerhin ist es uns 2007 und 2008 im Rahmen der von uns GRÜNEN verantworteten Berichte im Europäischen Parlament gelungen, das ganze Parlament für ein scharfes Vorgehen gegen das unverantwortliche Rückwerfen des Beifangs zu mobilisieren. Zudem haben wir das Entstehen der Regeln im Kampf gegen das illegale, unregulierte und ungemeldete Fischen aktiv unterstützt und werden uns dafür einsetzen, dass sie national auch umgesetzt werden.

Sauberes Wasser und natürliche Gewässer

Wir wollen die Wasser- und Gewässerqualität verbessern. Nährstoff- und Pestizideinträge aus der Landwirtschaft müssen stark vermindert werden – ebenso gefährliche Chemikalien in Gewässern und Trinkwasser. Flüsse müssen aus ihrem Korsett befreit und wieder mit Auen und

Grundwasser verbunden werden, damit sie auch in Zukunft als intakte Ökosysteme Lebensraum, sicheres Trinkwasser und natürlichen Hochwasserschutz bieten. Land- und Wassernutzungsrechte müssen konsequent mit Gewässerschutzpflichten verknüpft werden. Umwelt- und Ressourcenkosten sind von den Nutzern zu tragen. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie bietet hierfür einen guten Ansatz, doch muss ihre Umsetzung in den EU-Mitgliedsländern endlich konsequent verfolgt werden. Den Bestrebungen, die öffentliche Wasserversorgung zu privatisieren, stellen wir uns entgegen.

Tierschutz in Europa stärken

Wir wollen die EU-Tierschutzgesetzgebung konsequent vorantreiben. Die Gemeinsame Agrarpolitik darf tierquälerische Haltungen nicht länger offen oder verdeckt subventionieren. Für alle Tiere, die in der Landwirtschaft genutzt werden, muss es anspruchsvolle und verbindliche Haltungsvorschriften geben. Die Einhaltung von Tierschutzstandards ist als Kriterium für Beihilfen verbindlich zur Auflage zu machen. Tiertransporte dürfen nur zum nächstgelegenen Schlachthof erfolgen und die Transportzeit muss auf acht Stunden begrenzt werden. Wir Bündnisgrünen wollen ein EU-Tierschutz-Label, um den VerbraucherInnen die Möglichkeit zu geben, sich bewusst für Produkte aus tiergerechter Haltung zu entscheiden. Um Tierschutz umfassend weiter zu entwickeln, setzen wir uns für die Errichtung eines interdisziplinären europäischen Kompetenzzentrums für Tierschutz ein.

Tierversuche überflüssig machen

Die EU-Tierversuchs-Richtlinie muss revidiert und um die Bereiche Grundlagenforschung, Aus-, Fort- und Weiterbildung erweitert werden. Besonders belastende Tierversuche, Tierversuche für militärische Zwecke, für Alkohol- und Tabakforschung, gentechnische Manipulationen, Xenotransplantationen und das Klonen von Tieren müssen verboten werden. In einer europäischen Datenbank müssen alle Tierversuche dokumentiert werden, um Doppelforschungen zu vermeiden. Wir wollen Tierversuche mittelfristig durch Alternativen ersetzen, wie das bereits für Kosmetika festgeschrieben wurde.

Mehr internationale ökologische Gerechtigkeit

Wir wollen einen internationalen Umweltschutz, der sich nicht allein auf Verträge und Abkommen beschränkt. Die EU muss auf internationaler Ebene einen aktiven Beitrag zur ökologischen Gerechtigkeit leisten, indem Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, ihre Ressourcen zu schonen und ihre Wirtschaft zu entwickeln. Denn so, wie viele Umweltprobleme nicht mehr national sondern nur noch europäisch zu bewältigen sind, kann auch die EU nicht alles alleine lösen. Effektiver Umweltschutz hat immer eine globale Perspektive: Ob es um heimlich verkappten Giftmüll in den Ozeanen geht, der über den Fisch wieder auf unserem Speiseteller landet oder darum, dass Europas ausgedienter Wohlstands-Elektroschrott in den Küstenstaaten Asiens oder Afrikas entsorgt wird und dort Menschen krank macht. Die gerechte und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt ist geboten, um einen notwendigen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten. Wir Grünen kämpfen gegen Patente auf Leben. Ursprungsländer und insbesondere indigene Völker dürfen den Zugang zu und die Rechte über ihre natürlichen Lebensgrundlagen nicht verlieren. Der EU fällt dabei eine besondere Verantwortung zu, denn die EU kann in internationale Verhandlungen viel Gewicht einbringen.

Dazu gehört für uns eine bessere Kohärenz der Agrarförderung mit den internationalen Abkommen wie dem "Menschenrecht auf Nahrung", den Millenniumsentwicklungszielen, den Klimaschutzzielen, dem Kyoto-Protokoll, den Biodiversitätsabkommen und den Abkommen der Welthandelsorganisation. Nicht handelsbezogene Aspekte wie Umweltschutz und soziale Stan-

dards müssen im Rahmen der Schaffung eines qualifizierten Marktzugangs Einzug in die WTO-Verhandlungen halten.

Fischerei-Abkommen mit Drittstaaten stehen wir ablehnend gegenüber. Denn es kann nicht sein, dass diese Abkommen wie bisher vor allem die Überkapazitäten der EU-Fangflotten quer-subsventionieren und gleichzeitig die Fanggründe der örtlichen Fischerinnen und Fischer durch industrialisierte europäische Fischereiflotten leer gefischt werden.

Recht auf Nahrung umsetzen

Wir wollen die europäische Landwirtschaft nicht nur ökologisch, sondern auch sozial gerecht gestalten. Als ersten Schritt fordern wir die Abschaffung aller Exportsubsventionen, unabhängig vom Fortgang der WTO-Verhandlungen.

Für uns ist dieser Umbau vor allem auch eine moralische Verpflichtung, denn weltweit hungern mehr als 960 Millionen Menschen. Die Umsetzung der Millenniumserklärung muss zu einer Grundlage internationaler Politik werden. Danach muss die Zahl der hungernden Menschen bis zum Jahr 2015 halbiert werden. Die Nutzung pflanzlicher Rohstoffe für die Kraftstoffherzeugung darf unter keinen Umständen zu Lasten der Nahrungsmittelsicherheit gehen. Zudem muss durch entsprechende Ernährungsaufklärung und eine Umstrukturierung der Agrarpolitik ein besseres Gleichgewicht zwischen pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen in unserer Nahrung erreicht werden. Denn zur Zeit werden auf rund einem Drittel der weltweit genutzten Agrarflächen Futtermittel für die Massentierhaltung angebaut. Verantwortung tragen vor allem Europa und die USA. Sie haben ihre eigene Viehhaltung subsventioniert und die Entwicklungsländer jahrelang gedrängt, Futtermittel für den Export statt Lebensmittel für den eigenen Bedarf zu produzieren. Wir fordern deshalb, dass die internationale Entwicklungszusammenarbeit in Zukunft vor allem die kleinbäuerliche Landwirtschaft und die Eigenversorgung im Süden stärkt.

Zusätzlich dürfen Spekulationsgewinne die Preissteigerungen nicht länger anheizen. Diesen menschenverachtenden Geschäften muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden.

Unsere Maxime für einen nachhaltigen Konsum heißt aber auch, mit weniger Fleisch- und Milchprodukten auszukommen – und auf regionale wie saisonale Produktion zu achten.